



## Antrag

der Abgeordneten **Sabine Gross, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

### **Personalschutz statt Sparzwang: Sicherheit für das Bahnpersonal erhöhen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Sicherheit von Zugbegleiterinnen und Zugbegleitern zu verbessern, indem bei den Ausschreibungsverfahren für den Schienennahverkehr eine personelle Doppelbesetzung in Bezug auf das Besetzungskonzept für das Personal zur Zugbegleitung fest verankert wird.

### **Begründung:**

Die Sicherheit von Zugbegleitern und Zugbegleiterinnen im Schienennahverkehr ist seit Jahren ein akutes Problem. Zahlreiche Umfragen, unter anderem der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), zeigen deutlich, dass Gewalt gegenüber Zugbegleiterinnen und Zugbegleitern stark zugenommen hat: 82 Prozent der Beschäftigten haben bereits körperliche oder verbale Übergriffe erlebt, etwa ein Drittel fühlt sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht mehr sicher. Besonders betroffen sind Regionalbahnen, in denen etwa die Hälfte aller Angriffe gegen Bahnpersonal stattfindet.

Die Ursache liegt unter anderem in der anhaltenden Unterbesetzung des Personals. Aus Kostengründen wird häufig nur das Mindestmaß an Personal eingesetzt, was die Belastung des Personals erhöht und seine Sicherheit direkt gefährdet. Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter stehen im direkten Kundenkontakt und sind daher besonders exponiert gegenüber Frust, Aggression und Gewalt von Reisenden.

Angesichts dieser Situation ist es dringend erforderlich, die Personalplanung zu verbessern. Eine verpflichtende Doppelbesetzung bei der Zugbegleitung, insbesondere bei Nachtfahrten oder auf Strecken mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, würde das Sicherheitsgefühl der Beschäftigten deutlich erhöhen und das Risiko von Gewaltvorfällen reduzieren.

Als Auftraggeber des Schienennahverkehrs trägt der Freistaat die Verantwortung, für angemessene Arbeitsbedingungen und die Sicherheit des Personals zu sorgen. Ein rigoroser Sparkurs darf nicht zulasten der Sicherheit der Beschäftigten gehen. Die Einführung einer Doppelbesetzung im Besetzungskonzept ist eine konkrete, umsetzbare Maßnahme, um die Sicherheit im Schienennahverkehr spürbar zu verbessern.